



HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN UNION DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE DU CANTON DE BERNE

Berner Handelskammer

An die Medien des Kantons Bern (per Fax)

Steuergesetzrevision 2008; Einreichung eines Volksvorschlages

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern lehnt den soeben eingereichten Volksvorschlag entschieden ab. Nur die Grossratsvorlage verdient Unterstützung.

Der Grosse Rat beschloss im März eine Revision des Steuergesetzes, um Familien und Mittelstand zu entlasten, die Vermögenssteuern zu senken und eine Teilbesteuerung auf qualifizierten Beteiligungen einzuführen. Die Teilrevision sollte am 1. Januar 2008 in Kraft treten wobei Bestimmungen, welche zu Mindereinnahmen bei den Kantons- und Gemeindesteuern führen, erst ab 2009 wirksam sein sollten. Bei den Kantonssteuern wird im Steuerjahr 2008 ein Rabatt auf der Einkommenssteuer gewährt.

Fataler Volksvorschlag

Gegen die äusserst massvolle Vorlage, welche bloss darauf abzielte, die Position des Kantons Bern im schweizerischen Vergleich leicht zu verbessern, ist nun ein Volksvorschlag eingereicht worden. Damit sollen die Steuerzahler gegenüber der Grossratsvorlage (ab dem Jahr 2009) mit 51 Millionen Franken mehr belastet werden.

Da der Kanton Bern im Steuervergleich bereits im Jahr 2005 einen Rang und im Jahr 2006 4 Ränge eingebüsst hat, würde sich der Volksvorschlag auf diese Positionierung fatal auswirken. Dies auch deshalb, weil in unseren Nachbarkantonen Aargau, Luzern, und Solothurn weitere Steuersenkungen im Gang sind.

Der Volksvorschlag bedeutet einen Angriff auf den Mittelstand

Während der Einkommenssteuertarif des Grossen Rates dem entspricht, was die rot-grüne Regierung selber vorgeschlagen hatte, geht der Volksvorschlag der rot-grünen Parteien hinter diesen ausgewogenen Kompromiss zurück. Sie möchten höhere Einkommen und Personen ohne Kinder mehr belasten. Es ist indessen eine Illusion, zu glauben, der Staat werde profitieren, wenn man gute Steuerzahler vergrämt. Dies führt bloss zu Wegzügen aus dem Kanton Bern. Um einen Steuerzahler mit einem Bruttoverdienst von 300'000 Franken zu ersetzen, sind 13 (!) Steuerzahler mit einem Bruttoverdienst von 70'000 Franken notwendig. Die Zeche der Steuerausfälle wird der Mittelstand zu bezahlen haben.

Auch der Vermögenssteuertarif des Volksvorschlages ist ein Angriff auf den Mittelstand. Von den rund 200'000 Personen (knapp die Hälfte der Steuerpflichtigen), die im Kanton Bern Vermögenssteuern bezahlen, würde der Volksvorschlag 155'000 Personen gegenüber der Grossratsvorlage schlechter stellen!

Der Volksvorschlag stellt den dringend notwendigen Steuerrabatt in Frage

Die Linke möchte den Steuerrabatt 2008 kippen mit dem Argument, dass, wenn die Volksabstimmung wegen der Verzögerung mit dem Volksvorschlag erst am 24. Februar 2008 stattfinden kann, eine rückwirkende Inkraftsetzung der entsprechenden Bestimmungen nicht zulässig sei. Ein Verzicht auf den Steuerrabatt würde bedeuten, dass der Kanton Bern im Jahr 2008 wohl auf den letzten Platz der Steuerrangliste fallen würde.

Für weitere Auskünfte steht zur Verfügung:

Niklaus J. Lüthi, Präsident HIV, Tel 079 311 16 54

Adrian Haas, Direktor HIV, Tel. 079 717 24 24

Bern, 20. August 2007